

Umweltdachverband: Stopp dem Flächenfraß – bundesweit „Netto Null“ bis 2030 gefordert!

- **Bundesländer-Tournee im Rahmen des 50-Jahr-Jubiläums: Brennpunkt #Vorarlberg**
- **Politikversagen bei Bodenschutz und Raumordnung befeuert Klimaerhitzung**
- **UWD fordert: Ziele im Bodenschutz mit Finanzausgleich verknüpfen**

Feldkirch, 08.08.23 (UWD) Der sorgsame Umgang mit Grund und Boden ist gerade in Zeiten der Klimaerhitzung essenziell und wichtige Aufgabe für die politisch Verantwortlichen. Im Rahmen seiner Bundesländer-Tournee zum 50-Jahr-Jubiläum nimmt der Umweltdachverband heute in Vorarlberg das bisherige Scheitern der Politik hinsichtlich eines effizienten Bodenschutzes in den Fokus. „Es braucht einen fundamentalen Wertewandel im Verständnis dieser Ressource. Boden ist zentrale Grundlage unserer Ernährungsversorgung, Lebensraum für Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und Menschen, wertvoller Wasser- und einer der wichtigsten CO₂-Speicher. Ohne Erhalt und vor allem Wiederherstellung gesunder, humusreicher Böden ist auch das Erreichen unserer Klimaziele ausgeschlossen. 24 % der weltweiten CO₂-Emissionen stammen aus degradierten oder zerstörten Böden und Ökosystemen. Allein daraus wird die fundamentale Funktion intakter Böden offenkundig. Nach langen Jahren des Politikversagens ist der Handlungsdruck enorm. Daher verlangen wir Nachbesserungen im Entwurf der Bodenstrategie: Das Netto-Null-Ziel muss bis zum Jahr 2030 verbindlich verankert werden. Das heißt, dass zu diesem Zeitpunkt weiterer Flächenverbrauch nur dann möglich ist, wenn gleichzeitig Flächen im selben Ausmaß renaturiert, entsiegelt bzw. rückgebaut werden. Wir regen an, diese Zielsetzung im Rahmen der laufenden Finanzausgleichsverhandlungen umzusetzen. Nur rechtliche Verbindlichkeit kann den Flächenfraß stoppen“, sagt **Franz Maier**, Präsident des Umweltdachverbandes.

Positionspapier des Umweltdachverbandes für eine nachhaltige Landschaftsentwicklung

„Als flächenmäßig kleines Land ist Österreich gefordert, mit der Kulturlandschaft und den verbliebenen naturnahen Ökosystemen besonders sorgsam umzugehen. Angesichts der vielen Ansprüche an die Landschaft gilt es, ökologische Freiräume zu erhalten und ein funktionsfähiges Netz aus Lebensräumen zu sichern. Wir brauchen definierte Grenzen für den Bodenverbrauch und dauerhafte Siedlungsgrenzen. Wir plädieren für Wohnraumverdichtung und sehen die Grenzen des (Aus-)Baus der technischen Infrastruktur, wie z. B. Straßen und Skigebiete, als erreicht an. Diese sind verbindlich festzulegen“, so **Maier**.

Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention umsetzen

„Böden zählen zu den wichtigsten Ressourcen. Ihre zunehmende Gefährdung durch Erosion, Versiegelung, Verdichtung, Versalzung, Erdbeben, Überschwemmungen u. v. m. ist besorgniserregend. Bodenschutz ist daher eine große Herausforderung und gleichzeitig eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Dies gilt zu ebener Erde wie in höheren Lagen, denn auch die Böden in den Alpen sind zunehmend Belastungen ausgesetzt. Die Umsetzung des Bodenschutzprotokolls der Alpenkonvention, welches u. a. auf die Verringerung der Bodenbeeinträchtigungen in den alpinen Ökosystemen sowie die Eindämmung von Erosion und Bodenversiegelung abzielt, ist demnach ein wesentlicher Aspekt im länderübergreifenden Bodenschutz. Das kürzlich wiederentdeckte Moorkataster aus dem Jahr 1911 zeigt zudem, dass in

Vorarlberg große Teile des Rheintals von Lauterach bis Koblach als Niedermoore ausgewiesen waren. Laut Artikel 9 des Bodenschutzprotokolls sind auch Moore und Feuchtgebiete zu erhalten – was nicht nur in Hinblick auf den Boden-, sondern auch auf den Klimaschutz essenziell ist“, betont **Hildegard Breiner**, Obfrau des Naturschutzbundes Vorarlberg.

Flächenverbrauch muss eingedämmt werden

„Freie Bodenflächen werden durch Verbauung und Versiegelung immer weniger. Österreich ist dabei trauriger Europameister. Jeden Tag muss eine Fläche von mehr als 11 Hektar fruchtbaren Bodens für Verkehr, Wirtschaft und Wohnraum Platz machen. Unser Land verbaut sich damit zunehmend seine Zukunft. Schreitet die Bodenversiegelung im gleichen Tempo voran, werden in 200 Jahren keine Ackerflächen mehr vorhanden sein. Boden- und Landdegradation müssen verhindert und gesunde Böden wiederhergestellt werden. Dafür ist es notwendig, die nachhaltige Bodenbewirtschaftung zur neuen Norm zu machen. Verbindliche strategische Raumplanungs- und Landnutzungskonzepte auf überregionaler Ebene sowie klare Richtlinien und Grenzwerte, um den Flächenverbrauch einzudämmen, sind dringend nötig. An dieser Stelle sei auch die Bodenseeschnellstraße S18 erwähnt. Die Diskussionen um die seit Jahren in Planung befindliche Schnellstraße ebbent nicht ab, wiewohl sich die Frage stellt, ob dieses bodenfressende Infrastrukturprojekt, das noch dazu Natura-2000-Gebiete beeinträchtigen würde, überhaupt gerechtfertigt ist und man das Geld nicht besser in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs stecken sollte. Wir müssen alles daransetzen, den Boden nicht unter unseren Füßen zu verlieren“, erklärt **Günther Ladstätter**, Vize-Obmann des Naturschutzbundes Vorarlberg.

Boden für kommende Generationen freihalten: Bodenschonende Raumplanung ist unabdingbar

„Österreich ist in Bezug auf Bodenverbrauch und Bodenversiegelung in Europa leider führend. Der Umgang mit Grund und Boden ist auch in Vorarlberg alles andere als sparsam, obwohl Boden unsere Existenz sichert. Wir setzen uns daher seit mehr als einem Jahrzehnt dafür ein, Boden für kommende Generationen freizuhalten. Sprich: Wir zielen auf die langfristige Erhaltung oder Schaffung von ökologisch, naturräumlich, landschaftsbildlich, raumplanerisch, gesellschaftlich oder kulturell wichtigen Flächen ab, die unbebaut bleiben sollen. Dem Schutzgut Boden wird derzeit in vielerlei Hinsicht ein zu geringer Stellenwert in der planerischen Interessensabwägung beigemessen. Raumplanung ist politische Aushandlung, die in Vorarlberg leider zur Einbahnstraße geworden ist. Es braucht wieder mehr Dialog, um bodenschonender Raumplanungspolitik und den Anliegen der Freiflächen eine starke Stimme zu geben“, sagt **Kerstin Riedmann**, Geschäftsführerin von „Bodenfreiheit – Verein zur Erhaltung von Freiräumen“.

Für einen effektiveren Bodenschutz und eine zukunftsfähige Raumplanung setzte sich der | **natur-schutzbund | Vorarlberg** dieses Jahr auch in seinen **Stellungnahmen zum Raumplanungsgesetz, zum Grundverkehrsgesetz und zur Erweiterung des Messeparks** ein.